



Niederschrift

05. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.03.2025

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:42 Uhr

Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Ronny Springer

Mitglieder-

Herr David Bode

Frau Franziska Eppinger-Hübner

Frau Dr. Anja Jürgen

Frau Katrin Kerlikofsky

Herr Carsten Nehues

Frau Monika Nestler

Herr Tom Ritter

Sachkundige Einwohner-

Herr Steffen Große

Herr Jörg Kirstein

Herr Oliver Kluge

Frau Lillian-Marie Ritter

Frau Heidemarie Ulbrich

Verwaltung-

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Angela Malter

Frau Anke Stöckigt-Wolter

Schriftführerin-

Frau Annett Gödicke-Klämbt

als Vertreter für Herrn Hurtig

als Vertreterin für Herrn Zeiler

als Vertreterin für Frau Goedicke

Abwesend:

Mitglieder-

Frau Marie-Luise Goedicke

Herr Manuel Hurtig

Herr Martin Zeiler

Sachkundige Einwohner-

Frau Magdalena Peitz

Herr Christian Penzel

Frau Anna Wunder

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Bericht zur Erinnerungskultur und Gedenkstättenpädagogik an Schulen und in der Jugendarbeit
3. Bericht zum Umweltbudget und Jugend-Umweltrat 2024
4. Einwohnerfragestunde
5. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2025
6. Feststellung der Tagesordnung
7. Wahl 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter des Vorsitzenden
8. Beschlussvorlagen
- 8.1. Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen
- 8.1.1. Anfragen und Antworten zum Haushalt 2025 F-8004/2025
- 8.1.2. Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen B-8074/2025
- 8.2. Eintrittspreise Freibad Elsthal B-8076/2025
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern
10. Informationen der Verwaltung
11. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

12. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2025
13. Feststellung der Tagesordnung
14. Anfragen von Ausschussmitgliedern
15. Informationen der Verwaltung
16. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Springer eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 8 Mitglieder anwesend.

TOP 2. Bericht zur Erinnerungskultur und Gedenkstättenpädagogik an Schulen und in der Jugendarbeit

Frau Stöckigt-Wolter hält über die Grundlagen der Bildungsarbeit zur Erinnerungs- und Gedenkstättenkultur und über Beispiele für die Planung und Umsetzung von Bildungsangeboten der Erinnerungskultur eine PP-Präsentation. Diese liegt der Niederschrift als **Anlage 1** bei.

Frau Schwerdt berichtet, dass die Diskussion im letzten Bildungsausschuss sie nachhaltig bewegt habe, da ihr die Bedeutsamkeit des Antrags bewusst geworden sei. Sie habe ihre Aussagen im Nachgang reflektiert und sich in einem Artikel der MAZ, verfasst vom Leiter von Sachsenhausen, gut wiedergefunden, was sie beruhigt habe. Sie bedankt sich, dass der Antrag zurückgezogen wurde, da dies die Gelegenheit bot, die Situation in der Schule zu besprechen. Der Antrag wurde in der Lehrerkonferenz vorgestellt, woraufhin sich eine Gruppe bildete, die aktiv nach Lösungen suchte, wie sich die Oberschule einbringen könne. Die Fachkonferenz Gesellschaftswissenschaften habe sich daraufhin getroffen, und Frau Wakendorf sei gewonnen worden, einen Schwerpunktkurs im neuen Jahrgang 9 für das nächste Schuljahr zu planen. Für diesen Kurs müsse ein Rahmenlehrplan erstellt werden, der die zu vermittelnde Bildung, die Leistungsbewertung und das Wissen, das den Schülern mitgegeben werden solle, klar definiere.

Frau Wakendorf berichtet, dass sie während ihres Referendariats eine Klasse nach Auschwitz begleiten durfte, was sie sehr bewegte. Die Schüler seien gut vorbereitet worden, hätten jedoch die emotionalen Eindrücke nicht erwartet. Sie betont, dass man vorsichtig damit umgehen müsse. Der gefundene Weg für ihre Schule sei daher passend. Es sollen ausgewählte Schüler, die Interesse an der Auseinandersetzung mit dieser Thematik haben, einbezogen werden. Des Weiteren wurde die Frage aufgeworfen, warum man in die Ferne schweifen solle, wenn es in Luckenwalde selbst viele Dinge gebe, wie z. B. sich mit dem Heimatmuseum, der Dauerausstellung und den Stolpersteinen auseinanderzusetzen. Zudem sei es im Unterricht einfacher, für 90 Minuten vor Ort etwas zu betrachten, als einen ganzen Tag mit dem Besuch einer Gedenkstätte zu verbringen, was im Rahmen des Kurses jedoch nicht ausgeschlossen sei. Der Kurs biete die Gelegenheit, sich Zeit für Themen zu nehmen und sich mit Büchern und Filmen aus dieser Zeit auseinanderzusetzen, um die Medien- und Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Ein großes Ziel wäre, eine schulinterne Ausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus zu gestalten, die verschiedene Medien einbeziehe.

Frau Herzog-von der Heide möchte wissen, was den Schwerpunktkurs ausmache.

Frau Schwerdt erklärt, dass der Schwerpunkt ein Wahlpflichtkurs in der siebten Klasse sei, der bis zur zehnten Klasse verpflichtend sei. Im Jahrgang 8 wählen die Schüler einen Schwerpunktkurs für die neunte Klasse, mit Optionen wie Sport, Hauswirtschaft, Informatik und Kunst. Frau Wagendorf, die Geschichtslehrerin, soll Werbung für ihren Kurs machen, mit einer angestrebten Schülerzahl von zwölf bis fünfzehn. Der Kurs werde bis zur zehnten

Klasse mit zwei Stunden pro Woche angeboten. Wünschenswert wäre, wenn die Schüler im Rahmen ihrer Facharbeit eine Ausstellung gestalten, die beim Tag der offenen Tür präsentiert werde.

Herr T. Ritter erwähnt, dass die SPD-Grünenfraktion ja einen Antrag eingebracht habe, um die außerschulischen Lernorte in der Stadt, wie das HeimatMuseum und STALAG 3 A, weiterzuentwickeln. Er rege an, gemeinsam mit der Stadt und der Schule zu überlegen, wie diese Orte integriert werden könnten. Aktuell wolle man zur Bücherverbrennung eine Veranstaltung auf dem Markt organisieren. Es wurde angeregt, sich intensiver mit den außerschulischen Lernorten in der Stadt auseinanderzusetzen. Dies könnte ein Thema sein, das man im Ausschuss mittelfristig erneut behandeln könnte, insbesondere im Zusammenhang mit Gedenkorten, um dort anzusetzen.

Herr Kreye vom Verein Schlaglicht e. V. hält zur historischen und erinnerungskulturellen Bildung in der Grundschule eine PP-Präsentation. Diese liegt der Niederschrift als **Anlage 3** bei.

Herr T. Ritter fragt nach, ob Herr Kreye näheres zur Entstehung und Finanzierung des Projektes in Luckau erklären könne.

Herr Kreye antwortet, dass im Jahr etwa zwischen sechs und acht zeitgeschichtliche Projektwochen in Brandenburg durchgeführt werden, finanziert von verschiedenen Stiftungen, darunter die EVZ-Stiftung und die Sparkassenstiftung. Die Kooperationen entstehen unterschiedlich, oft über die Schulverwaltung oder direkt an Grundschulen. Einige Schulen melden sich nicht zurück, was an knappen finanziellen Mitteln oder einer Zurückhaltung gegenüber dem Thema liegen könne. Der Verein könnte mehr Projektwochen anbieten, jedoch sei die Projektfinanzierung anstrengend. Eine Projektwoche erfordere ein Team von drei Personen über fünf Tage, was Kosten verursache. Im Landkreis Teltow-Fläming habe man vor drei bis vier Jahren zuletzt eine Finanzierung über die Partnerschaft für Demokratie erhalten. Die Sparkassenstiftung kürze häufig die beantragten Summen, weshalb man nach Ko-Finanzierungen suche. In Eberswalde erhalte man jährlich Unterstützung aus Jugendfördermitteln für eine Projektwoche.

Frau Nestler bemerkt, dass ihr bei den Ausführungen ein Projekt namens "Hachschara" in Ahrendorf, in den Sinn kam. Sie fragt ob dieses bekannt sei, und findet das diese Informationen gut zum Thema der jüdischen Geschichte passen.

Herr Kreye entgegnet, dass er dies nicht kenne, es spreche aber nichts dagegen neue Orte mitaufzunehmen.

Herr Kluge ist der Meinung, dass es zur Aufgabe der Schule gehöre, den Schülern das jüdische Leben in Luckenwalde näherzubringen, und nicht irgendwelche Vereine.

Herr Springer fügt hinzu, dass personelle und finanzielle Ressourcen oft nicht ausreichend seien, weshalb Vereine einen wertvollen Beitrag leisten können. Während seiner Amtszeit habe er an zwei Stolpersteinverlegungen teilgenommen und sei zuvor nie mit den Einzelschicksalen in Berührung gekommen. Diese Schicksale seien tiefgründig und das Schicksal der Menschen in Luckenwalde ein wichtiges Thema.

TOP 3. Bericht zum Umweltbudget und Jugend-Umweltrat 2024

Frau Stöckigt-Wolter stellt den Bericht zum Umweltbudget und Jugend-Umweltrat von 2024 in einer PP-Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift als **Anlage 4** bei.

Herr Springer möchte wissen, wie es mit der Pflege und Unterhaltung der Pflanzen in den Ferien aussehe.

Frau Stöckigt-Wolter antwortet, dass es ja verschiedene Einrichtungen gebe. Sie gehe davon aus, dass die Einrichtungen dies im Blick haben, da es sich eher um kleinere Projekte handele.

Herr Bode merkt an, dass dies alles neu für ihn sei, insbesondere im Hinblick auf die klassischen Projekte, die er von seinen Kindern und aus eigener Erfahrung kenne. Er möchte wissen, ob es richtig sei, dass die Finanzierung ausschließlich von der Stadt komme und ob auch das Personal dafür gebunden werde.

Frau Stöckigt-Wolter erklärt, dass die Stadt Luckenwalde im Juli 2023 eine Förderrichtlinie beschlossen habe, die es ermöglicht, im Rahmen des Betreuungs- und Bildungsauftrags in Jugendeinrichtungen Projekte durchzuführen. Die Kinder würden von den Betreuungskräften begleitet und unterstützend angeleitet.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass der Umweltrat durch einen Zufallsgenerator gebildet wurde, wobei Daten aus dem Einwohnermeldeamt für einen bestimmten Altersbereich verwendet wurden. Kinder und ihre Eltern seien angeschrieben worden, ob das Kind Interesse an der Mitarbeit im Umweltrat habe. Der Umweltrat habe dann entschieden, ob die Projekte umgesetzt werden sollten und ob der Budgetansatz angemessen sei.

Herr Nehues erwarte, dass die Stadtverordneten über die investiven Maßnahmen dort, zu gegebener Zeit nochmal Informationen bekommen. Gerade wenn man unseren Haushalt sehe, könne man sich keine Eintagsfliegen leisten, sondern müsse nachhaltige Sachen machen, die in der Zukunft Bestand haben.

Frau Stöckigt-Wolter antwortet, auch der Verwaltung sei daran gelegen, dies zu erhalten und zu begleiten.

TOP 4. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 5. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2025

keine

TOP 6. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 7. Wahl 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter des Vorsitzenden

Herr Springer fragt, ob die bisherigen Stellvertreter weiterhin zur Verfügung stehen.

Die Fraktion Die Linke/BV/LÖS/Die PARTEI-PDS bestätigt, dass **Herr Zeiler** erneut für das Amt des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden zur Verfügung stehe.

Frau Kerlikofsky erklärt sich ebenfalls bereit, wieder als 2. Vorsitzende zur Verfügung zu stehen.

Herr Springer lässt darüber abstimmen. Die Stellvertreter werden einstimmig bestätigt.

TOP 8. Beschlussvorlagen

TOP 8.1. Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen

TOP 8.1.1. Anfragen und Antworten zum Haushalt 2025 F-8004/2025

TOP 8.1.2. Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen B-8074/2025

Frau Malter erklärt, dass sie, falls es weiterhin Anfragen gebe, zur Verfügung stehe.

Herr T. Ritter hatte in der Fraktionssitzung nach den Fortbildungskosten der Sozialarbeiter der Stadt gefragt und es wäre hilfreich, wenn dies eventuell extra aufgeschlüsselt werden könnte.

Frau Malter antwortet, dass es bis jetzt so wäre, dass die Ausbildungs- und Fortbildungskosten alle in einem Produktkonto zusammengefasst seien. Wenn es gewünscht wäre, könne sie das aber gerne für das Jahr 2024 raussuchen.

Herr Große hat zunächst eine Bitte: Auf der ersten Seite, Produkt 36.500, stünde in der letzten Spalte „Kosten pro Kitaplätze“. Im Erläuterungstext darunter werde jedoch erwähnt, dass der Gesamtzuschuss je Jahr mit den vorhandenen Plätzen ins Verhältnis gesetzt werde. Er schlägt vor, die Überschrift nicht nur „Kosten pro Platz“, sondern für die Zukunft „Gesamtzuschuss“ oder einfach „Zuschuss“ zu nennen, da dies verständlicher wäre. Zweitens wären in der Mitte der Spalte die Gesamtzuschüsse zu finden, die aus den Produktkonten 36.500 und 36.508 stammen. Die Zuschüsse pro Platz seien für Interessierte intransparent. Daher wäre seine Bitte, dass in der Spalte „Zuschüsse Ergebnishaushalt“, die eine Summenspalte sei, eine zusätzliche Spalte stünde. In dieser könnte man das Stammprodukt oder das Bewirtschaftungsprodukt 508 sehen, um zu erkennen, ob der Zuschuss pro Platz stärker aus dem Stammprodukt oder dem Bewirtschaftungsprodukt resultiere. Dann bemerkt er, dass unten stünde „Elterninitiativkita“. Damit meine man die Kita „Menschenskinder“, nehme er an? Wo jetzt die Leistungsbestandteile des Produktes genannt würden, fehle die Kita „Menschenskinder“ zum Beispiel komplett.

Herr Große fragt, auf der Seite des Produktkontos 36.508 für die Bewirtschaftung der Kindertageseinrichtungen stünde unter Position 15 „Transferaufwendungen“ und darunter zusätzliche Kitazuschüsse (Betriebskostenzuschüsse). Es wäre auffällig, dass es vom Jahr

2024 zu 2025 fast eine Verdopplung der Betriebskostenzuschüsse gebe. Er wolle nachfragen, auf welcher Grundlage dies geschehe, da eine Verdopplung im Vergleich zu 2024 erklärungsbedürftig sei.

Frau Stöckigt-Wolter antwortet, sie werde sich das anschauen und prüfen. Die Frage wird schriftlich beantwortet. Die Antwort ist dann unter dem TOP F-8004/2025 „Anfragen und Antworten zum Haushalt 2025“ zu finden.

Herr Nehues führt aus, Herr Ritter habe gesagt, dass Schulungen für Sozialarbeiter wichtig seien, um die Qualität ihrer Arbeit zu sichern und möchte wissen, ob es verpflichtende Schulungen für die Sozialarbeiter gebe.

Frau Stöckigt-Wolter entgegnet, dass die Grundlage der Tätigkeit im Jugendbereich des Sozialgesetzbuches stehe und der Landkreis verpflichtet sei, die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit umzusetzen. Es gäbe Richtlinien und Qualitätsstandards, in denen die Verpflichtungen der Träger zur kontinuierlichen Weiterbildung der Fachkräfte festgelegt seien.

Herr Nehues fügt hinzu, wenn der Landkreis eine Richtlinie erlasse, aber nicht über die finanziellen Mittel verfüge, um diese zu finanzieren, wäre es etwas unglücklich, die Kosten dann auf die Kommune abzuwälzen.

Frau Stöckigt-Wolter erklärt, dass die Richtlinie tatsächlich eine Ko-Finanzierung durch die Stadt Luckenwalde vorsehe, die sich je nach Entscheidungen der Ausschüsse und des Kreistags ändere. Eine Arbeitsgruppe aus den Trägern, den Kommunen, dem Landkreis und dem Jugendamt arbeite aktuell an der Anpassung der Richtlinie. Es gebe eine Beteiligung der Kommunen, die auch Weiterbildungskosten und Supervisionskosten umfasse.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung berät und beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen gemäß § 69 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Ja 4 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0

Zustimmung empfohlen

TOP 8.2. Eintrittspreise Freibad Elsthal

B-8076/2025

Frau Herzog-von der Heide führt aus, dass man sich bemüht habe, die Begründung ausführlich darzustellen und es angesichts der steigenden Kosten ratsam sei, die Beteiligung der Nutzer zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Preise, auf die Besucherstruktur des Vorjahres angewendet, würden bei gleichbleibenden Zahlen einen Mehrerlös von knapp 8.000 € erwarten lassen. Der Tarif für Sozialpassinhaber bleibe unverändert, und die Ferienregelung für den kostenfreien Zugang für Schüler in den Sommerferien solle beibehalten werden.

Frau Eppinger-Hübner fragt, ob auch alternative Maßnahmen in Betracht gezogen worden seien, um die Kosten für die Nutzer nicht zu erhöhen. Zudem interessiere sie, ob es eventuell ein Konzept zur Steigerung der Besucherzahlen gebe und welche Mieteinnahmen aus den Veranstaltungen im Freibad erzielt würden und wo diese aufgeführt seien.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass man die Notwendigkeit gesehen habe, die Preise zu erhöhen. Zur Steigerung der Besucherzahlen bemerkt sie, dass dies nur durch einen guten Sommer möglich wäre, der jedoch außerhalb unseres Einflussbereichs liege. Die Gesamterträge setzten sich im letzten Jahr etwa zur Hälfte aus Eintrittsgeldern und zur

anderen Hälfte aus Kioskerlösen zusammen, wobei dort höhere Umsätze erzielt worden seien. Weitere Vorschläge könne man nicht unterbreiten, jedoch erscheine die Preisstruktur vergleichbar mit der im Landkreis.

Die Frage zu den Mieteinnahmen wird schriftlich beantwortet.

Frau Eppinger-Hübner äußert den Wunsch, sich gemeinsam mit der Bürgermeisterin oder den Amtsleitern persönlich ein Bild vom Freibad zu machen, bevor sie einer Erhöhung zustimme. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe, dies vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu realisieren.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass die Anlage noch nicht für die Saison vorbereitet sei. Dies solle im Mai geschehen. Sie wolle gerne die Beschlussvorlage zum Saisonstart umsetzen, um nicht mit einer alten Eintrittsstruktur zu beginnen und die Preise erst am 3. Juni 2025 zu erhöhen, was sie als ungünstig sehe.

Herr Nehues merkt an, dass er eine Einnahmequelle im Catering sehe. Es sei unglücklich, dass kurz vor Ende der Öffnungszeiten kein Verkauf mehr stattfinde, und dies sollte dringend geändert werden. In der Beschlussvorlage wurde angemerkt, dass der geldwerte Vorteil, den die Stadt übernehme, wenn z. B. die Mitarbeiter der Stadt etwas von der Verwaltung kostenfrei oder umsonst erhalten, möglicherweise den steuerlichen Anteil betreffe. Er fragt, was genau unter dem geldwerten Vorteil zu verstehen sei.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, sie habe angenommen, dass eine geschenkte Eintrittskarte als geldwerter Vorteil zu betrachten sei. Derjenige, der unter die Regelung für freien Eintritt falle, müsse ansonsten 2 € bezahlen. Dies sei ein Teil des Umsatzes, der von der Stadt getragen werde.

Herr Nehues führt aus, dass ja im Rahmen der Haushaltsberatung von 90 Vorschlägen die Rede gewesen sei, die ich noch nicht kenne. Es stelle sich die Frage, ob man den kostenfreien Eintritt für Jugendliche aufrechterhalten könne. Es könne ein falsches Zeichen sein, Geld auszugeben oder Wahlgeschenke zu verteilen, während wir möglicherweise Einrichtungen schließen müssten. Daher hätte er gerne gewusst, ob die Verwaltung über eine Modifikation des Vorschlags nachgedacht habe.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass sie keine Wahlgeschenke verteile, sondern Vorschläge mache. Bisher habe sie den Konsens unter den Stadtverordneten so verstanden, dass die Regelung jährlich getroffen wurde. Sie halte es für richtig, die Eintrittserhöhung vor Saisonstart zu beschließen und dies im Paket zu machen, idealerweise vor den Sommerferien. Wenn die Meinung bestehe, dass wir dies nicht mehr tun sollten, könne die Verwaltung die Beschlussvorlage entsprechend ändern oder einen Änderungsantrag für die Stadtverordnetenversammlung vorbereiten.

Frau Malter ergänzt, dass es nicht nur um die freie Nutzung gehe, sondern es sei Teil des Ferienprogramms, das die Stadt für Kinder und Jugendliche anbiete.

Herr Bode bemerkt, dass klar sei, dass das Angebot nur für die Ferien gelte. Dennoch halte er es für ein falsches Zeichen, Geschenke zu verteilen, wenn kein Geld vorhanden sei. Es gehe nicht darum, den Betroffenen etwas wegzunehmen, sondern um die Schaffung von Gegenwerten. Nichts sei umsonst, und einen Euro oder zwei für die ganztägige Nutzung fände er fair. Wenn wir auf 5 Euro erhöhen, könnten wir im Vergleich zu anderen Städten ins Hintertreffen geraten.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass diese Punkte für einen Änderungsantrag seien. Dann empfehle sie, müsse ein Sommer-Sondertarif von 2 Euro oder 1,50 Euro anstelle von 3

Euro eingeführt werden. Bei einer Tageskarte von 5 Euro halte sie dagegen, da unser Freibad in Luckenwalde die längsten Öffnungszeiten habe. Dies erfordere mehr Personal und Sicherheitsstandards, was zusätzliche Kosten verursache.

Frau Ulbrich äußert, dass sie immer eine Befürworterin dafür war, dass Kinder kostenlos ins Freibad gehen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage tendiere sie jedoch zu einem symbolischen Euro für die Kinder. Zudem kommen auch viele Erwachsene mit ihren Kindern von weiter weg, um die kostenlosen Freizeitangebote zu nutzen.

Frau Dr. Jürgen hält das Angebot des kostenlosen Eintritts für sehr gut, da es einen sozialen Beitrag für unsere Stadt leiste. Viele Familien können sich keinen Sommerurlaub leisten, und es ist wichtig, den Kindern diese Möglichkeit zu bieten. Der Preiserhöhung würde sie ebenfalls zustimmen, da diese für sie akzeptable Werte darstellen.

Herr T. Ritter findet, dass der kostenfreie Eintritt für Kinder und Jugendliche, auch für 18-Jährige, ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt sei und sich etabliert habe. Schulsozialarbeiter und Jugendclubs nehmen dies positiv wahr, und es gebe viel positives Feedback von Kindern und Jugendlichen. Er würde daher eher auf symbolische Einnahmen verzichten und plädiere dafür, der Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Herr Große ergänzt, dass jede Preiserhöhung weh tue, diese hier aber angemessen sei. Er plädiere dafür, der Vorlage in ihrer jetzigen Form zuzustimmen, da sie unseren Kindern zugutekomme.

Herr Nehues entgegnet, dass ein symbolischer Euro sinnvoll sein könne, da alles, was umsonst ist, oft weniger geschätzt werde. Man müsse über Sparmaßnahmen nachdenken und eine klare Signalwirkung nach außen geben, dass das Geld nicht ausreiche. Daher kann er nicht unterstützen, dass wir wieder kostenfreien Eintritt anbieten.

Herr Große verdeutlicht, dass es eine Tatsache sei, dass viele Menschen, Familien und Kinder an bitterer Armut leiden – bis zu 20 % der Familien seien betroffen. Es wäre mehr als Symbolpolitik, einen Geldbetrag zu streichen, der vielen Kindern zugutekomme. Die Kinder können nichts für die Haushaltslage, und es ist nicht gerecht, sie dafür zu bestrafen.

Herr Springer äußert, dass er sich auch die Zahlen angesehen habe. Der Zuschuss pro Besucher im Freibad betrage 12,17 €, was bei 2.500 nicht zahlenden Gästen fast 30.000 € zusätzliche Kosten für die Stadt bedeute. Er wäre dafür, einen Ausweis für Luckenwalde und Umgebung einzuführen, um diesen Gästen in den Ferien kostenlosen Zugang zu gewähren, da viele auswärtige Gäste das Bad nutzen. Er unterstütze die Erhöhung, wünsche sich aber, dass die Stadt bei der freiwilligen Leistung weitere Ideen präsentiere.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass es rechtlich unzulässig sei, die Eintrittsfreiheit auf bestimmte Wohnorte oder Herkunft zu beschränken. Solche Sonderkonditionen für städtische Bewohner seien nicht zulässig und sollten verworfen werden. Ein möglicher Vorschlag wäre stattdessen, den Eintrittspreis zu halbieren, was als Alternative in Betracht gezogen werden könne.

Herr Springer fragt nach, ob die Ausgabe eines Ausweises, der im Rathaus erhältlich sei, entweder pauschal kostenpflichtig oder kostenlos eine Möglichkeit sei.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass der Verwaltungsaufwand für eine solche Regelung erheblich wäre. Es sollte eine klare und handhabbare Lösung gefunden werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. die in Anlage 1 genannten Eintrittspreise für den Besuch des Freibades Elsthal ab dem 1. Mai 2025
2. die für die Dauer der Brandenburger Sommerferien geltende Ausnahmeregelung: freier Eintritt für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, sowie für Schülerinnen und Schüler, auch wenn sie älter als 18 Jahre sind.

Ja 4 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0
Zustimmung empfohlen

TOP 9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 9.1. Anfrage Putzwoche

Frau Dr. Jürgen erwähnt, dass die Putzwoche anstehe. Sie fragt, ob es auf der Seite der Stadt Informationen gebe, wo man sehen könne, wo geputzt werde. Sie äußert den Wunsch, sich als jemand, der keine eigene Gruppe gegründet habe, orientieren zu können, um zu wissen, wo sie unterstützen könne.

Frau Herzog-von der Heide weist darauf hin, dass eine Telefonnummer angegeben sei, bei der die Kollegen im Bauhof Auskunft über die Putztermine geben können. Sie informiert über ein Dilemma: Die Pelikanpost mit dem Aufmacher zum Putzen wird wegen eines Übermittlungsfehlers eine Woche später verteilt. Sie ruft dazu auf, die Putzwoche zu bewerben und plant, verstärkt über die elektronischen Verteiler der Stadt zu kommunizieren.

Herr Bode fragt, ob die Pelikan-Post bereits im Druck sei und ob es möglich wäre, die Putzwoche um eine Woche zu verlängern.

Frau Herzog-von der Heide merkt an, dass es unrealistisch sei, in 11.000 Exemplaren einen Hinweis zur Verlängerung aufgrund der guten Nachfrage zu ergänzen.

TOP 9.2. Hinweis zur Präsentation

Herr T. Ritter gibt einen Hinweis zur Präsentation bezüglich der Ferienfahrt nach Breslau, in der auf dem Bild „Ausflug nach Auschwitz“ stehe. Der Begriff „Ausflug“ sei unglücklich gewählt, da er mit Spaß assoziiert werde. Er schlägt vor, stattdessen den Begriff „Besuch“ zu verwenden, um der Wertevermittlung an Kinder und Jugendliche besser gerecht zu werden.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass es geändert werde, falls es noch möglich sei.

TOP 9.3. Unterschiedliche Eintrittspreise Freibad

Herr Nehues weist auf die unterschiedlichen Preise hin und erwähnt, dass die Anfrage zu den Preisen für Luckenwalder Bürgerinnen und Bürger von außerhalb bereits gestellt wurde, jedoch mit der gleichen Antwort. Er habe in den neuen Bundesländern kostengünstigere Schwimmeinrichtungen für Einwohner gesehen. Daher bittet er die Verwaltung, den Sachverhalt erneut zu überprüfen und rechtlich zu prüfen, um möglichen Handlungsspielraum zu klären.

TOP 9.4. Kitabedarfsplanung

Herr Große führt aus, dass im Landkreis darüber diskutiert werde, dass die Kitabedarfsplanung aktualisiert werden müsse, da es auch unterschiedliche Kapazitätsauslastungen in den Kommunen gebe. Er fragt nach, ob bereits Gespräche zwischen dem Jugendamt und der Stadt stattfänden.

Frau Stöckigt-Wolter antwortet, dass noch keine Gespräche stattfinden.

TOP 9.5. Personal- und Sachkosten Jugendzentren

Herr T. Ritter führt aus, dass im Haushaltssicherungskonzept des Landkreises vermerkt sei, dass ab 2026 in den Personal- und Sachkosten der Jugendzentren gespart werden solle. Es sei zu hören gewesen, dass der Landkreis in den vergangenen Jahren an einige Kommunen geschrieben habe, um zu erfragen, ob diese die kompletten Kosten für die Jugendzentren übernehmen können, da der Landkreis bereits einen gewissen Prozentsatz trage. Es stelle sich die Frage, ob diese Einsparungen bereits gegenüber der Stadt Luckenwalde erläutert worden seien und wie die Stadt damit umgehen müsse.

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass die Anfragen eingegangen seien. Allerdings habe man klar geantwortet, dass eine Erhöhung des Anteils nicht möglich sei, da man sich dies nicht leisten könne.

TOP 10. Informationen der Verwaltung

Frau Stöckigt-Wolter informiert über die Bestrebungen in der Sozialarbeit an der Oberschule, insbesondere zur Überlastung der Lehrkräfte und den Mobbingvorfällen. Zusammen mit dem verantwortlichen Sozialarbeiter des DRK werde man bereits an diesem Freitag pädagogische Interventionsangebote starten. Der Verein Angstlos e. V. werde in zwei Klassen Interventionen zu Jugendkriminalität sowie Mobbing und Cybermobbing anbieten. Man wolle dies auch in der Pelikan-Post berichten und habe bereits positive Resonanz von der Schule, den Elternvertretern und der Lehrerschaft erhalten.

TOP 11. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 30.04.2025 statt.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 20:41 Uhr hergestellt.

Ronny Springer
Vorsitzender

Annett Gödicke-Klämbt
Schriftführerin

13.10 24 31 09